

Wirtschaftslage Mittelstand in Österreich

■ Herbst 2023

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

Creditreform 

INHALT

SEITE

1	Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand	1
2	Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen	6
	2.1 Auftragseingänge	6
	2.2 Angebotspreise	9
	2.3 Umsatzentwicklung	11
	2.4 Personalsituation	14
	2.5 Investitionen	17
3	Die Finanzierung des Mittelstandes	19
	3.1 Erträge	19
	3.2 Eigenkapitalsituation	22
	3.3 Insolvenzen im Mittelstand	23
	3.4 Zahlungsweise der Kunden	25
4	Wirtschaftspolitische Fokus: Kreditentwicklungen und Finanzierungsbedingungen	27
5	Zusammenfassung	30
6	Basis der Untersuchung	34

■ 1 Das Geschäftsklima im österreichischen Mittelstand

Die Wirtschaftsleistung in Österreich war im 2. Quartal 2023 deutlich rückläufig (minus 0,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal). Ursächlich hierfür waren negative Entwicklungen im Bauwesen, im Handel und auch im Dienstleistungsgewerbe. Die Zinswende der Europäischen Zentralbank (EZB) und die weiter hohe Inflation bremsten deutlich die Nachfrage. Zwar war die Konjunktur im 1. Quartal 2023 noch besser gelaufen, mittlerweile haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber eingetrübt. Im Gesamtjahr 2023 dürfte es damit kaum mehr zu einem Wirtschaftswachstum kommen. Die Bank Austria beispielsweise erwartet für 2023 nahezu eine Stagnation des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bei einem minimalen Plus von 0,1 Prozent. Die weiteren Ausführungen dieser Analyse werden zeigen, dass dieses Szenario wohl möglicherweise noch zu positiv ist.

Rezession immer wahrscheinlicher

Die Teuerung in Österreich blieb trotz rückläufiger Tendenz in den letzten Monaten hoch – laut Statistik Austria lag der Anstieg der Verbraucherpreise im August bei 7,5 Prozent. Dabei spielt mittlerweile die Lohnentwicklung eine entscheidende Rolle. Auch noch im kommenden Jahr dürfte die Preissteigerung über dem Zielpfad der EZB liegen. Eine spürbare konjunkturelle Belebung ist vorerst nicht zu erwarten.

Ist auch die mittelständische Wirtschaft pessimistisch beim Konjunkturausblick? Die Umfragedaten der Creditreform Wirtschaftsforschung zeigen, dass sich die Stimmung weiter eintrübt. Das Creditreform Klimabarometer für die mittelständische Wirtschaft rutschte im Herbst 2023 erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 wieder in den Minusbereich. Mit minus 4,9 Punkten zeigt der aktuelle Wert eine deutlich schlechtere Wirtschaftslage als im Vorjahr (plus 7,4 Punkte). Die befragten Unternehmen schätzten ihre Lage, vor allem aber die Geschäftserwartungen, deutlich schwächer ein als im Vorjahreszeitraum.

Geschäftsklima im Mittelstand im negativen Bereich

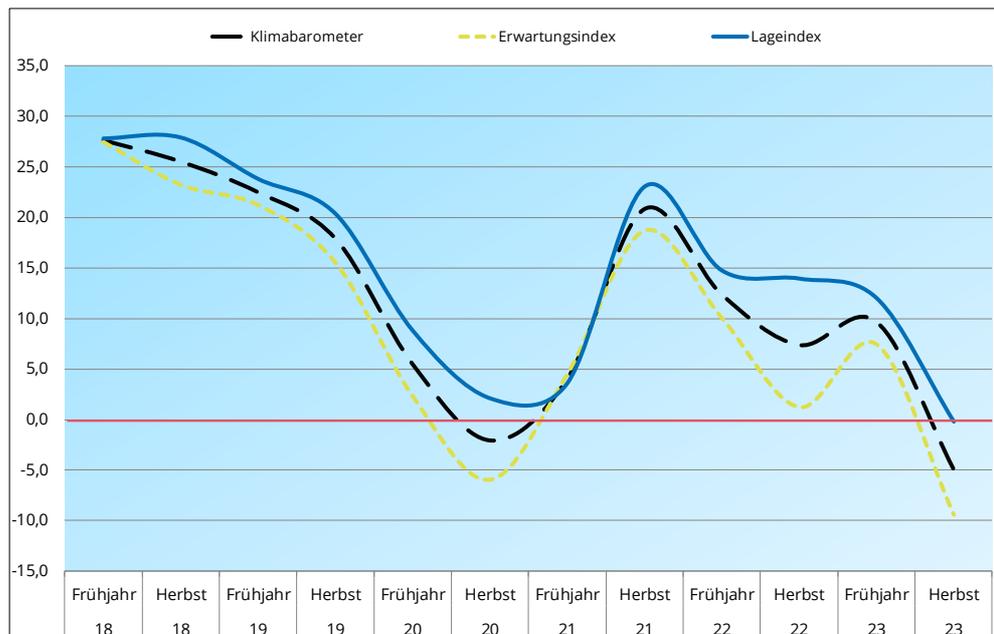
Nach der zaghaften Aufhellung des Geschäftsklimas im vergangenen Frühjahr hat sich die Stimmung nun wieder verschlechtert.

Tab. 1: Creditreform Klimabarometer¹

	Klimabarometer		
	Herbst 2023	Frühjahr 2023	Herbst 2022
Verarb. Gewerbe	- 1,2	17,2	7,2
Baugewerbe	- 4,5	7,8	14,1
Handel	- 8,6	3,2	- 0,2
Dienstleistungen	- 4,3	12,7	10,8
Gesamt	- 4,9	9,7	7,4

Angaben in Indexpunkten

Klimabarometer Gesamtwirtschaft



In allen vier Hauptwirtschaftsbereichen liegt das Konjunkturbarometer diesmal im negativen Bereich (vgl. Tab. 1). Dabei hat sich die Stimmungslage der Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr deutlich

¹ Das Creditreform Klimabarometer basiert auf einer Umfrage unter mittelständischen Betrieben in Österreich. Der Index setzt sich zusammen aus den Einschätzungen der Befragten zum eigenen Betrieb, zur eigenen Branche sowie zur konjunkturellen Lage allgemein. Dabei fließen in die Gesamtbewertung des Konjunkturklimas sowohl die Äußerungen zur aktuellen Lage als auch zur zukünftigen Entwicklung ein. Aus den positiven und negativen Antworten werden jeweils Salden gebildet, die wiederum die Berechnungsgrundlage für den Gesamtindex bilden. Das Klimabarometer zielt in erster Linie auf die Stimmung im Mittelstand ab. Dagegen wird in Abschnitt 2 gezielt auf die Entwicklung von Umsatzzahlen, Auftragseingängen und der Personalsituation eingegangen.

verschlechtert. Wie später noch gezeigt wird, stehen einer raschen Erholung der Wirtschaft die pessimistischen Geschäftserwartungen im Weg, die das Konjunkturbarometer derzeit stark drücken.

Doch zunächst zur Entwicklung in den einzelnen Hauptsektoren:

Tief im Minus liegt das Konjunkturbarometer für den Handel (minus 8,6 Punkte). Bereits im Vorjahr hatte dieser Wirtschaftsbereich nur eine unterdurchschnittliche Entwicklung gezeigt. Im Frühjahr hatte sich die Geschäftslage im Handel dann kurzzeitig etwas aufgehellt.

Handel: Geschäftsklima tief im roten Bereich

Eine spürbare Eintrübung des Geschäftsklimas verzeichnet auch der Dienstleistungssektor. Mit minus 4,3 Punkten zeigt das Klimabarometer eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damals notierte das Barometer noch bei plus 10,8 Punkten.

Auch die Bauwirtschaft spürt immer stärker die Auswirkungen von Inflation und Zinsanstieg. Die Nachfrage geht deutlich zurück. Nachdem das Klimabarometer für diesen Wirtschaftsbereich im Vorjahr noch bei plus 14,1 Punkten stand, hat der Index mittlerweile deutlich an Boden verloren. Aktuell zeigt das Klimabarometer minus 4,5 Punkte und damit eine Konjunkturabschwächung.

Der Konjunkturindex für das Verarbeitende Gewerbe rutschte von plus 7,2 auf minus 1,2 Punkte. Die Erholung im Frühjahr ist verpufft und die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzen den Unternehmen zu.

Der Blick auf die aktuellen Lageeinschätzungen im Mittelstand zeigt nochmals im Detail, wie markant sich die Geschäftslage verschlechtert hat. Im Handel und im Dienstleistungsgewerbe überwiegen heuer sogar die negativen Lageeinschätzungen. Insgesamt notiert der Geschäftslageindex für den Mittelstand diesmal knapp im Minusbereich (minus 0,2 Punkte).

Geschäftslage erstmals seit Jahren negativ bewertet

Das ist eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr (plus 14,0 Punkte).

In allen vier Hauptbereichen war ein negativer Trend zu verzeichnen. So sank der Lageindex für das Dienstleistungsgewerbe deutlich und erreichte lediglich minus 0,8 Punkte. Die Werte aus dem Vorjahr (plus 17,3 Punkte) und dem Frühjahr (plus 15,4 Punkte) rücken damit in weite Ferne.

Tab. 2: Lageindex

	Lageindex		
	Herbst 2023	Frühjahr 2023	Herbst 2022
Verarb. Gewerbe	2,9	19,6	12,1
Baugewerbe	4,9	8,9	24,9
Handel	- 4,7	5,9	5,5
Dienstleistungen	- 0,8	15,4	17,3
Gesamt	- 0,2	12,0	14,0

Angaben in Indexpunkten

Noch schlechter bewertete der Handel die aktuelle Geschäftslage. Der Lageindex schwächte sich auf minus 4,7 Punkte ab. Zum Vorjahreszeitpunkt (plus 5,5 Punkte) waren die Befragten noch mehrheitlich zufrieden gewesen. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete einen starken Stimmungsabschwung. Der Geschäftslageindex bleibt mit plus 2,9 Punkten knapp im Plusbereich, liegt aber rund 9 Zähler niedriger als im Vorjahr.

Etwas günstiger als in den übrigen Sektoren wird die Geschäftslage aktuell im Baugewerbe beschrieben. Der Lageindex liegt mit plus 4,9 Punkten aber ebenfalls deutlich niedriger als vor der Krise (Vorjahr: plus 24,9 Punkte).

Nach der Lageeinschätzung richtet sich der Blick nun nach vorn. Allerdings stimmen die Prognosen der mittelständischen Wirtschaft nicht sehr zuversichtlich für die weitere Konjunktorentwicklung hierzulande. Die Geschäftserwartungen im Mittelstand sind derzeit so pessimistisch wie lange nicht. Offenbar wird eine weitere Abschwächung erwartet. Der Index

Geschäftsbelebungsindex nicht in Sicht

der Geschäftserwartungen im Mittelstand insgesamt notiert mit minus 9,4 Punkten tief im negativen Bereich. Damit überwiegt anders als im Vorjahr der Anteil der Unternehmen mit pessimistischen Erwartungen.

Der Rückgang der Geschäftserwartungen zieht sich durch alle Wirtschaftsbereiche. Deutlich eingetrübt haben sich die Prognosen im Baugewerbe. Der Erwartungsindex rutschte auf minus 13,0 Punkte, nachdem im Vorjahr noch eine leichte Zuversicht herrschte (plus 4,2 Punkte). Ähnlich pessimistisch äußerte sich der Handel. Der Erwartungsindex für diesen Wirtschaftsbereich notiert mit minus 12,2 Punkten ebenfalls tief im negativen Bereich. Allerdings hatte sich dieser Trend schon im Vorjahr (minus 5,5 Punkte) abgezeichnet.

Baugewerbe vor schwierigen Zeiten

Tab. 3: Erwartungsindex

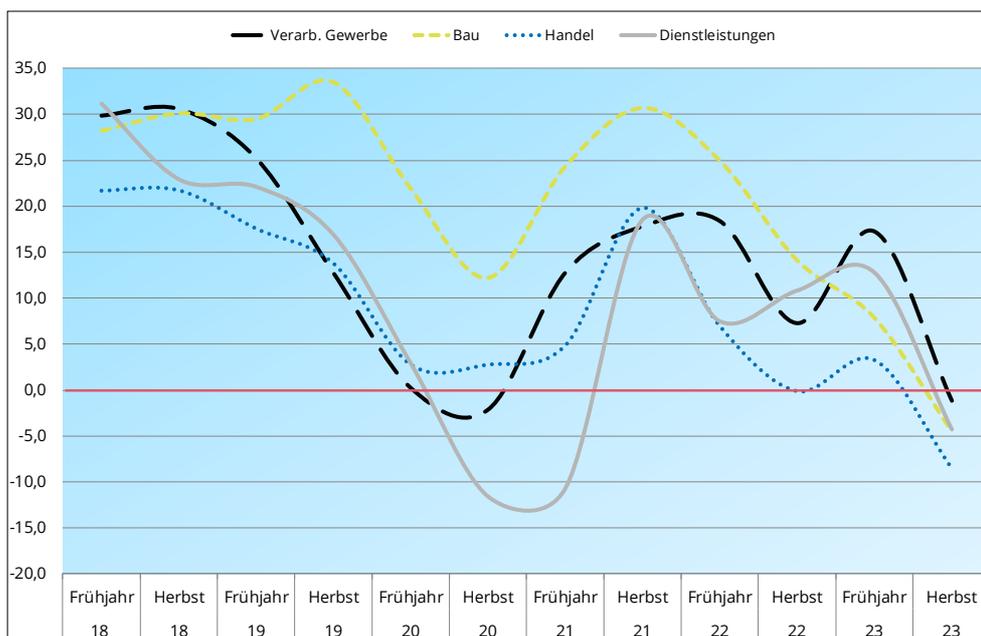
	Erwartungsindex		
	Herbst 2023	Frühjahr 2023	Herbst 2022
Verarb. Gewerbe	- 5,1	15,0	2,6
Baugewerbe	- 13,0	6,7	4,2
Handel	- 12,2	0,6	- 5,5
Dienstleistungen	- 7,7	10,2	4,7
Gesamt	- 9,4	7,4	1,2

Angaben in Indexpunkten

Auch im Dienstleistungsgewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe blicken die Unternehmen überwiegend pessimistisch in die Zukunft. Der Erwartungsindex liegt in beiden Wirtschaftsbereichen unterhalb der Nulllinie.

Das Klimabarometer der vier Hauptwirtschaftsbereiche lässt eine deutliche Abschwächung der Wirtschaftslage im Mittelstand erkennen (siehe Abb.). Das Baugewerbe zeigt einen besonders deutlichen Rückgang, nachdem dieser Sektor lange Zeit ein Stabilitätsanker war. Der Handel zeigt nach einer kurzen Erholungsphase im Herbst 2021 wieder einen massiven Stimmungsschwung, der sogar den Einbruch während der Corona-Zeit übertrifft.

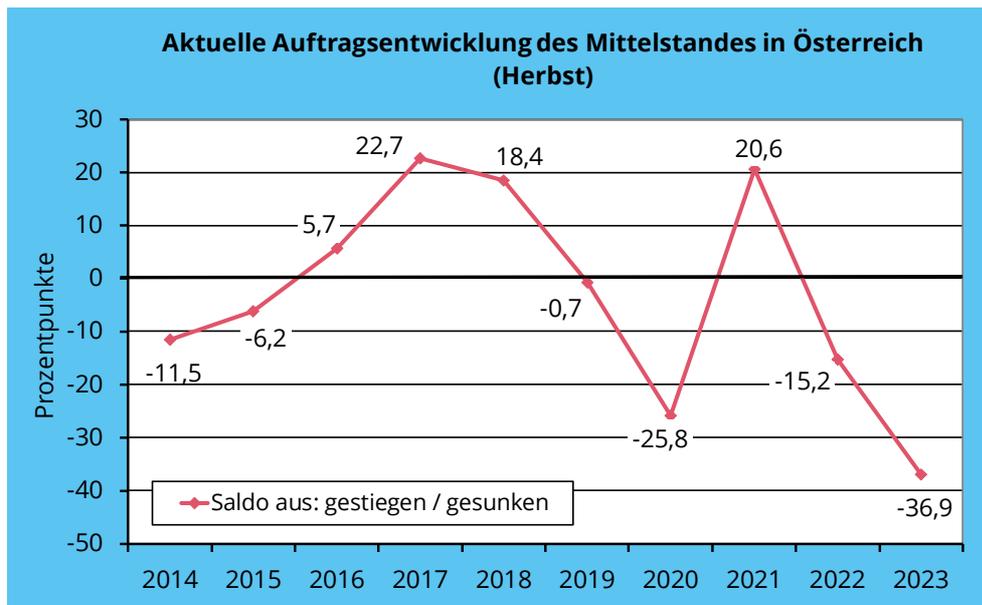
Klimabarometer Hauptwirtschaftsbereiche



■ 2 Das konjunkturelle Umfeld im Einzelnen

2.1 Auftragseingänge

Die Auftragseingänge im Mittelstand sind zuletzt spürbar eingebrochen. Mehrheitlich wurden von den befragten Unternehmen Auftragsrückgänge gemeldet. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Auftragseingängen liegt mit minus 36,9 Punkten auf einem 20-Jahres-Tief. Schon im Vorjahr hatte der Saldo der Auftragseingänge (minus 15,2 Punkte) im negativen Bereich gelegen. Damals waren die Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges explodiert und hatten zu Verunsicherungen bei den Kunden geführt. Mittlerweile ist dieser Impakt in Form von Inflation und allgemeiner Konjunkturschwäche auf die gesamte Wirtschaft durchgeschlagen. So berichteten nur noch 12,4 Prozent der befragten Unternehmen (Vorjahr: 19,4 Prozent) über ein Auftragsplus. Auftragsrückgänge verzeichnete fast jeder zweite Befragte (49,3 Prozent; Vorjahr: 34,6 Prozent).



Tab. 4: Auftragseingänge

■	gestiegen	stabil	gesunken
Verarb. Gewerbe	20,8 (21,8)	34,4 (43,6)	43,8 (29,7)
Baugewerbe	7,5 (16,7)	35,4 (44,4)	54,4 (34,7)
Handel	8,3 (14,1)	28,6 (35,9)	60,2 (47,7)
Dienstleistungen	13,3 (23,8)	41,3 (46,9)	40,7 (26,5)
Gesamt	12,4 (19,4)	35,2 (42,6)	49,3 (34,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

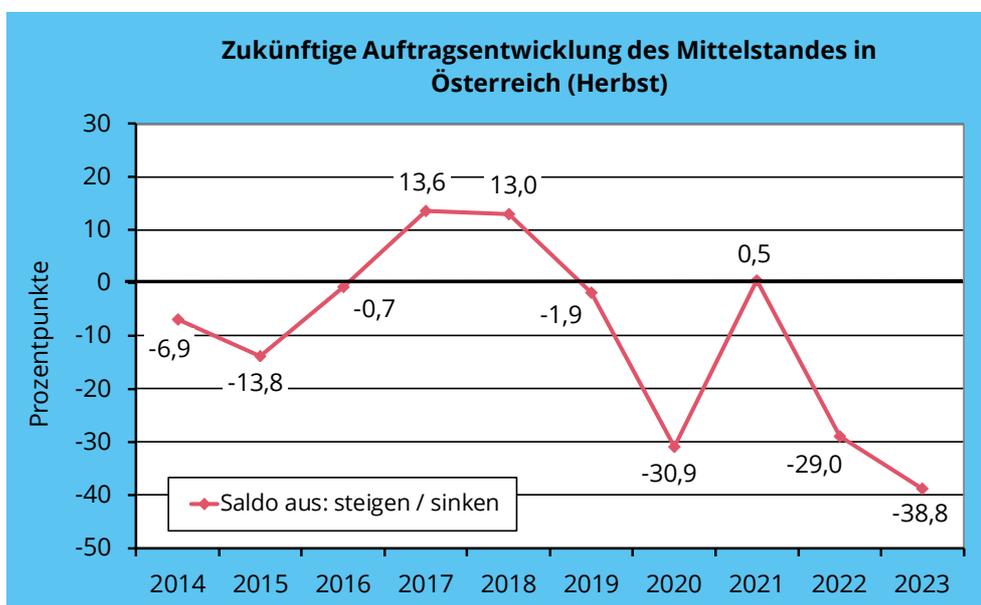
Deutliche Auftragseinbußen gab es im Handel. Mehr als 60 Prozent der Befragten waren hier betroffen. Das war nochmals ein höherer Anteil als im Vorjahr. Nur wenige Unternehmen (8,3 Prozent) verbuchten ein Auftragsplus.

Zu erheblichen Auftragsrückgängen kam es auch im Baugewerbe. 54,4 Prozent der Befragten meldeten gesunkene Auftragsbestände. Der Vorjahreswert (34,7 Prozent) wird damit deutlich übertroffen. Auftragssteigerungen verbuchten lediglich 7,5 Prozent der Befragten (Vorjahr: 16,7 Prozent).

Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich der Anteil der Unternehmen, die Auftragsrückgänge meldeten. Binnen eines Jahres stieg dieser Anteil von 29,7 auf 43,8 Prozent. Das Dienstleistungsgewerbe meldete ebenfalls eine rückläufige Auftragsentwicklung.

Auftragserwartungen: Krise noch nicht ausgestanden

Die Talsohle der aktuellen Wirtschaftskrise ist offenbar noch nicht erreicht. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen lassen derzeit kaum eine Stabilisierung der Auftragslage zu. Im Gegenteil: Der Mittelstand erwartet in den kommenden Monaten eine weitere Verschlechterung (vgl. Abb.). So bricht der Saldo aus steigenden und sinkenden Auftragserwartungen auf minus 38,8 Punkte ein. Im Vorjahr war der Saldo bereits deutlich zurückgegangen (auf minus 29,0 Punkte). Lediglich 7,9 Prozent der Befragten rechnen mit steigenden Auftragseingängen. Auftragseinbußen befürchten 46,7 Prozent der Befragten – im Vorjahr waren es 40,4 Prozent.



Alle Wirtschaftssektoren beurteilten die weitere Auftragslage eher pessimistisch. Insbesondere das Baugewerbe rechnet mit einem rückläufigen Auftragsgeschehen. Zwei Drittel der befragten Baufirmen (63,3 Prozent) erwarten sinkende Auftragseingänge. Im Handel sind es 46,6 Prozent. Der Anteil der Pessimisten hat sich somit weiter erhöht. Steigende Auftragseingänge sind derzeit wenig wahrscheinlich. Lediglich 2,5 Prozent der Bauunternehmen bzw. 7,5 Prozent der Händler erwarten eine Verbesserung. Auch im Verarbeitenden Gewerbe ist nur selten mit steigenden Aufträgen zu rechnen (10,4 Prozent der Unternehmen). Vielmehr erwarten hier deutlich mehr Firmen sinkende Auftragseingänge (45,8 Prozent). Im Dienstleistungssektor haben sich die Erwartungen

ebenso verschlechtert – allerdings nicht so markant. Der Anteil der Unternehmen, die hier Auftragseinbußen befürchten, erhöhte sich leicht auf 38,7 Prozent (Vorjahr: 37,4 Prozent.)

Tab. 5: Auftragserwartungen

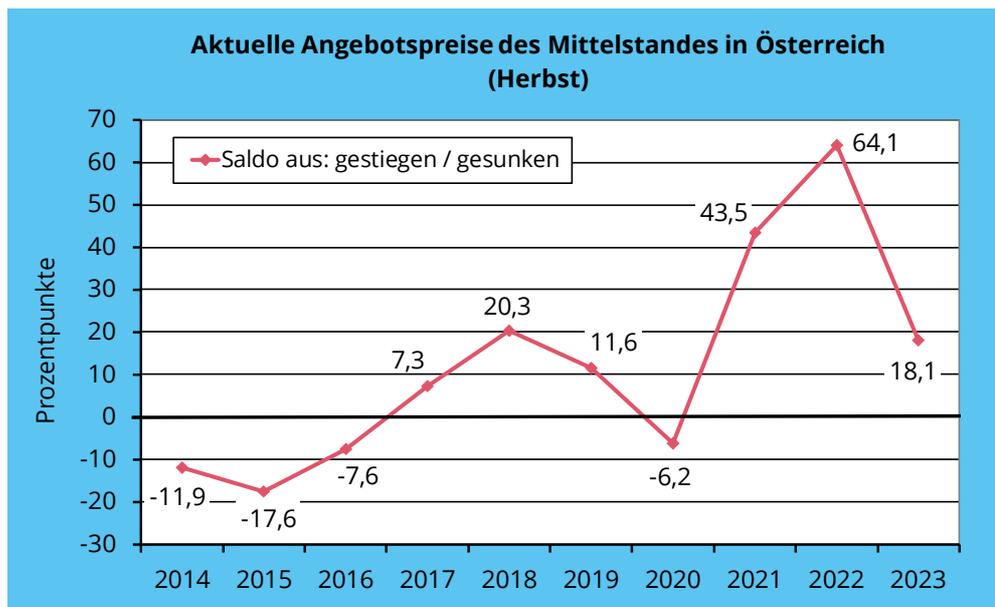
■	steigen	stabil bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	10,4 (10,9)	40,6 (49,5)	45,8 (37,6)
Baugewerbe	2,5 (6,9)	30,4 (47,2)	63,3 (43,1)
Handel	7,5 (10,9)	42,9 (39,8)	46,6 (44,5)
Dienstleistungen	9,3 (14,3)	48,0 (44,2)	38,7 (37,4)
Gesamt	7,9 (11,4)	41,9 (44,6)	46,7 (40,4)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

2.2 Angebotspreise

Der massive Anstieg der Beschaffungspreise hat sich abgeschwächt. Die mittelständischen Unternehmen haben ihre Angebotspreise folglich weniger stark erhöht. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Angebotspreisen lag im Vorjahr noch auf einem Rekordhoch (plus 64,1 Prozentpunkte). Mittlerweile sind es noch plus 18,1 Prozentpunkte. 35,8 Prozent der befragten Unternehmen (Vorjahr: 67,9 Prozent) haben die Angebotspreise erhöht. Zum Teil sind die Preise bereits wieder im Rückwärtsgang (17,7 Prozent der Befragten).

Preiserhöhungen gab es verstärkt nochmals im Handel und im Dienstleistungsgewerbe, allerdings kaum mehr so ausgeprägt wie noch im Vorjahr. Dagegen sahen sich das Verarbeitende Gewerbe (24,0 Prozent der Befragten), aber auch der Handel (19,5 Prozent) und das Baugewerbe (19,0 Prozent) bereits zu Preissenkungen veranlasst. Preissteigerungen gab es im Verarbeitenden Gewerbe diesmal seltener als im Vorjahr und auch seltener als in anderen Wirtschaftsbereichen.



Tab. 6: Angebotspreise

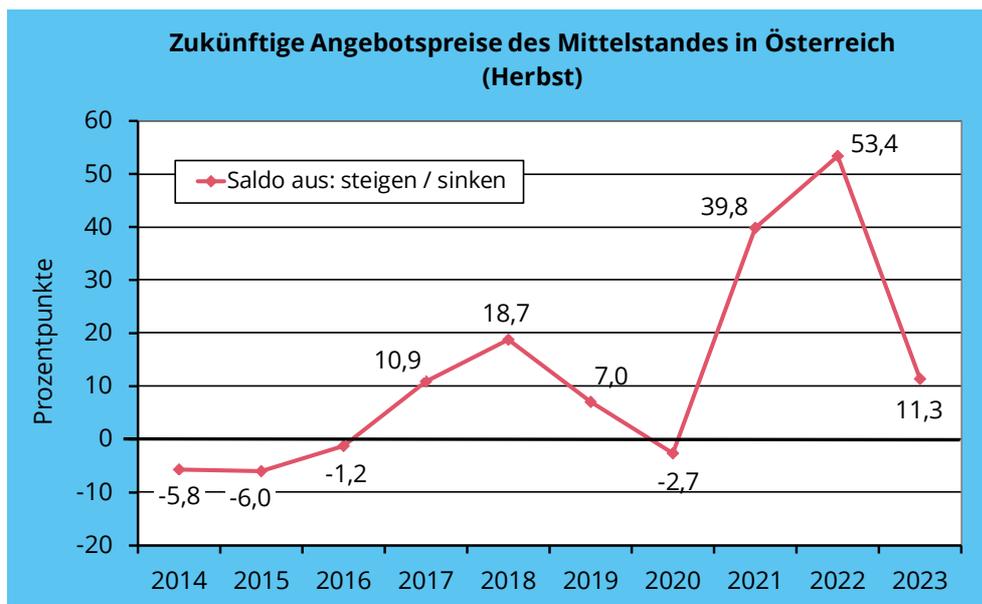
■	gestiegen	gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	31,3 (69,3)	40,6 (21,8)	24,0 (4,0)
Baugewerbe	31,6 (76,4)	45,6 (16,7)	19,0 (4,2)
Handel	38,3 (75,8)	34,6 (11,7)	19,5 (5,5)
Dienstleistungen	38,7 (55,8)	43,3 (34,7)	11,3 (2,0)
Gesamt	35,8 (67,9)	40,6 (22,3)	17,7 (3,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Inflation schwächt sich ab

Die Preisentwicklung dürfte sich in den kommenden Monaten zunehmend abschwächen. Ursächlich dafür ist die verschlechterte Wirtschaftslage sowie die Inflationsbekämpfung der Europäischen Zentralbank (EZB). Dabei wird sich auch die Kostenseite der Unternehmen zum Teil etwas entspannen, wie beispielsweise bei den Energieausgaben. Gleichzeitig drohen an anderer Stelle Mehrausgaben, wie beispielsweise für Personal.

Der Saldo aus zukünftig steigenden und sinkenden Preisen drehte auf plus 11,3 Prozentpunkte – nach dem Höchstwert im Vorjahr (plus 53,4 Saldenpunkte). Nur noch 31,0 Prozent der Befragten haben Preiserhöhungen angekündigt, während es im letzten Herbst noch 59,2 Prozent der Unternehmen waren. Aktuell rechnet fast jeder fünfte Befragte (19,7 Prozent) mit sinkenden Angebotspreisen – ein deutlich höherer Anteil als im Vorjahr (5,8 Prozent).



Um sinkende Angebotspreise dürfte der Mittelstand in den kommenden Monaten nicht herumkommen. So wollen 27,8 Prozent der Bauunternehmen und 27,1 Prozent der Firmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe Preisadjustierungen nach unten vornehmen. Im Dienstleistungsgewerbe hat das nur jeder zehnte Befragte angekündigt, im Handel jeder fünfte (20,3 Prozent). Preiserhöhungen erwarten hingegen fast vier von zehn Dienstleistungsunternehmen, aber nur 15,2 Prozent der Baufirmen (Vorjahr: 50,0 Prozent).

Tab. 7: Zukünftige Angebotspreise

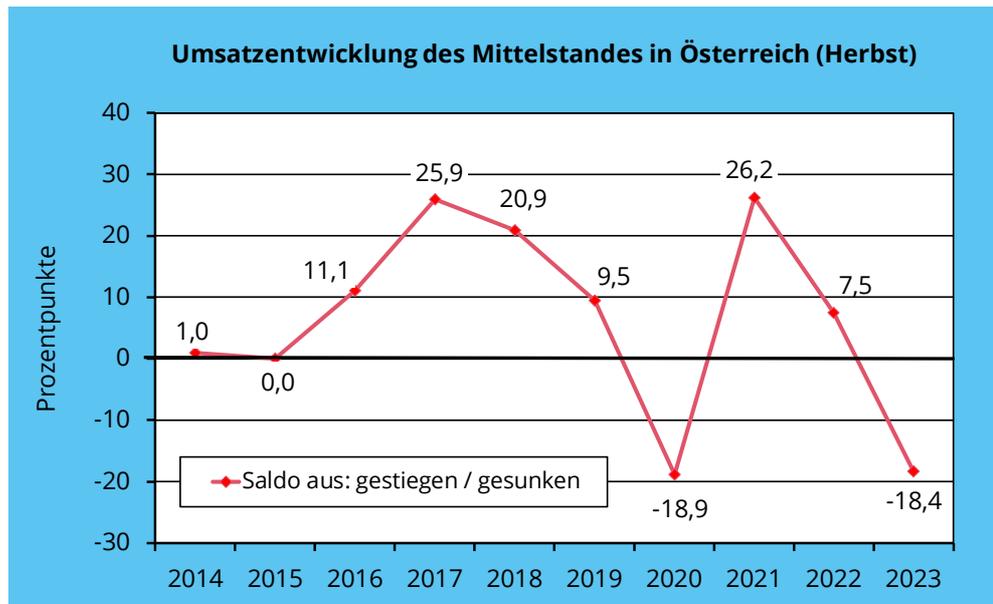
■	steigen	gleich bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	29,2 (58,4)	39,6 (28,7)	27,1 (4,0)
Baugewerbe	15,2 (50,0)	53,2 (36,1)	27,8 (6,9)
Handel	32,3 (59,4)	42,1 (28,1)	20,3 (9,4)
Dienstleistungen	39,3 (63,9)	46,7 (29,9)	10,0 (3,4)
Gesamt	31,0 (59,2)	45,0 (30,1)	19,7 (5,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

2.3 Umsatzentwicklung

Mit der Umsatzentwicklung in den vergangenen Monaten waren die österreichischen Mittelständler nicht zufrieden. Ein Umsatzplus meldeten nur 20,5 Prozent der Befragten, nachdem es im Vorjahr noch

fast jeder Dritte war (32,1 Prozent). Über Umsatzrückgänge klagten hingegen 38,9 Prozent der Betriebe (Vorjahr: 24,6 Prozent). Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Umsatzmeldungen bleibt damit im negativen Bereich (minus 18,4 Punkte) und erreichte einen ähnlich schlechten Wert wie zuletzt während der Pandemie 2020.



Handel kommt nicht aus der Krise

Der Handel war überdurchschnittlich oft von Umsatzeinbußen betroffen. Fast jeder zweite Befragte (48,9 Prozent) meldete hier Rückgänge. Das ist ein nochmals höherer Wert als im Vorjahr, als 35,2 Prozent der Händler einen Umsatzrückgang hinnehmen mussten. Nur 15,8 Prozent der Befragten verzeichneten einen Anstieg (Herbst 2022: 28,9 Prozent).

In den übrigen Wirtschaftsbereichen erhöhte sich der Anteil der Unternehmen, die ein Umsatzminus verzeichneten. So berichteten 38,5 Prozent der Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und 35,4 Prozent der Bauunternehmen von Umsatzrückgängen. Zugleich blieb der Anteil der Unternehmen, die ein Umsatzplus verbuchten, deutlich hinter den Vorjahreswerten zurück. Im Verarbeitenden Gewerbe erreichten immerhin noch 28,1 Prozent der Unternehmen einen Anstieg, im Baugewerbe waren es nur 13,9 Prozent der Befragten.

Tab. 8: Umsatzentwicklung

■	gestiegen	gleich	gesunken
Verarb. Gewerbe	28,1 (31,7)	31,3 (40,6)	38,5 (22,8)
Baugewerbe	13,9 (33,3)	45,6 (44,4)	35,4 (18,1)
Handel	15,8 (28,9)	31,6 (31,3)	48,9 (35,2)
Dienstleistungen	23,3 (34,7)	37,3 (42,2)	32,0 (19,7)
Gesamt	20,5 (32,1)	35,8 (39,1)	38,9 (24,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

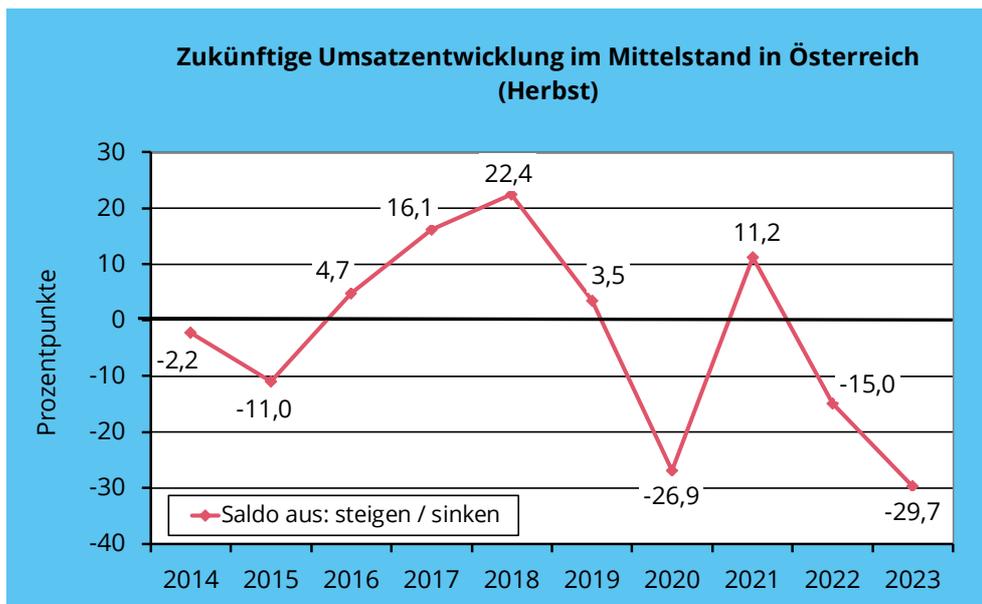
Die Umsatzerwartungen im Mittelstand haben sich weiter verschlechtert. Fast die Hälfte der Unternehmen (44,5 Prozent) rechnet für das kommende Halbjahr mit sinkenden Umsätzen. Der Anteil der pessimistischen Unternehmen liegt damit deutlich höher als im Vorjahr (34,2 Prozent). Nur jeder siebte der Befragten erwartet ein Umsatzplus (14,8 Prozent). Vor einem Jahr lag der Anteil der Optimisten noch bei 19,2 Prozent. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Umsatzerwartungen notiert daraufhin mit minus 29,7 Prozentpunkten auf einem historischen Tiefstand. Selbst die Krisenstimmung während der Corona-Zeit (Herbst 2020: minus 26,9 Punkte) wurde übertroffen (vgl. Abb.).

**Umsatzerwartungen
verschlechtert**

Tab. 9: Umsatzerwartungen

■	steigen	bleiben stabil	sinken
Verarb. Gewerbe	14,6 (18,8)	42,7 (45,5)	38,5 (33,7)
Baugewerbe	5,1 (12,5)	26,6 (54,2)	65,8 (29,2)
Handel	14,3 (19,5)	36,1 (34,4)	48,1 (41,4)
Dienstleistungen	20,7 (22,4)	41,3 (42,9)	34,0 (30,6)
Gesamt	14,8 (19,2)	37,6 (42,9)	44,5 (34,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben



Sehr pessimistisch beurteilte das Baugewerbe die Umsatzentwicklung für die kommenden Monate. Überwiegend (65,8 Prozent der Befragten) rechnen die Unternehmen hier mit Umsatzrückgängen. Zuversichtlich äußerten sich lediglich 5,1 Prozent der Bauunternehmen – sie erwarten ein Umsatzplus. Auch der Handel blickt pessimistisch in die Zukunft. 48,1 Prozent der Betriebe erwarten sinkende Umsätze. Bereits im Vorjahr waren die Händler zurückhaltender als andere Wirtschaftsbereiche. Eine Geschäftsbelebung ist folglich nicht zu erwarten. Nur 14,3 Prozent der Befragten rechnen hier mit steigenden Umsätzen.

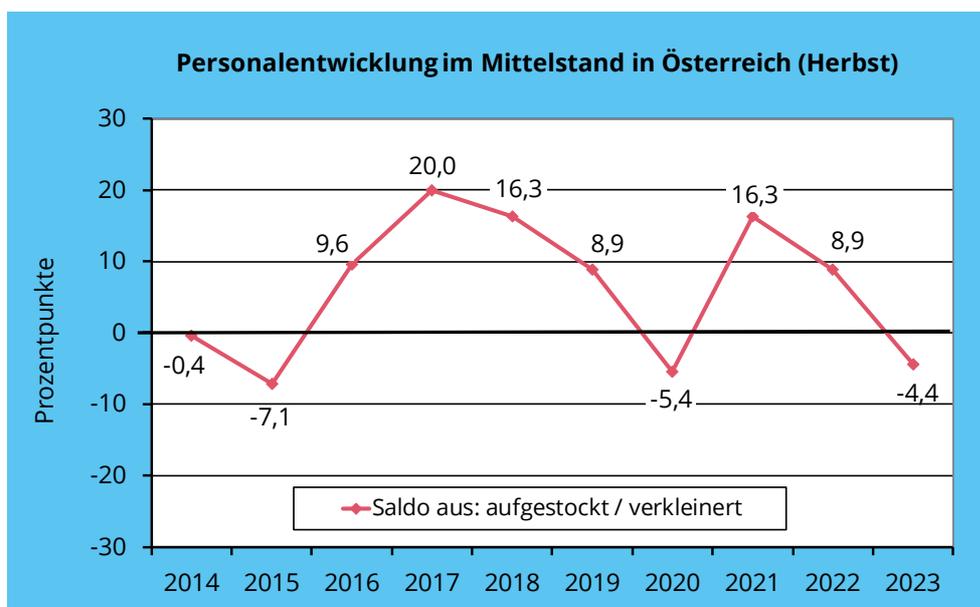
Auch im Dienstleistungsgewerbe haben sich die Umsatzerwartungen deutlich eingetrübt. 20,7 Prozent der Befragten rechnen mit einem Umsatzplus, gut jeder Dritte (34,0 Prozent) mit Rückgängen. Der Anteil der Pessimisten ist damit gegenüber dem Vorjahr (30,6 Prozent) gestiegen. Auch im Verarbeitenden Gewerbe überwiegt deutlich der Anteil der negativen Umsatzprognosen mit einem Anteil von 38,5 Prozent.

2.4 Personalsituation

Der Mittelstand verzeichnete in den zurückliegenden Monaten einen Personalabbau. Per Saldo dürften zuletzt keine neuen Stellen mehr entstanden sein. Im Gegenteil: 21,2 Prozent der befragten Unternehmen

*Personalbestand im
Mittelstand rückläufig*

verzeichneten eine verkleinerte Belegschaft und rund jeder Sechste (16,8 Prozent) hat das Personal aufgestockt. Im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 23,2 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsmeldungen sank damit in den negativen Bereich (minus 4,4 Punkte), der einen Personalabbau signalisiert.



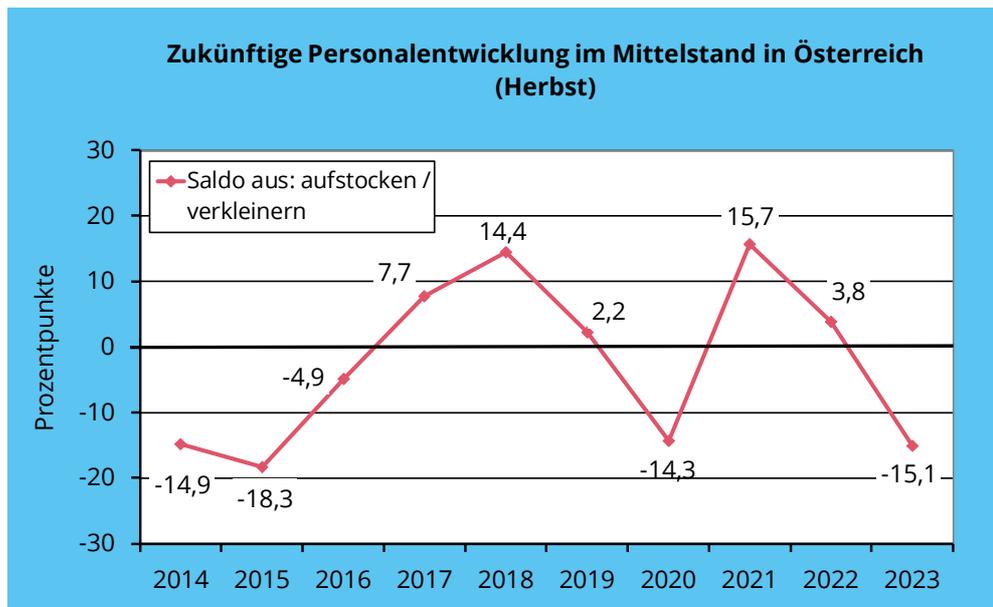
Tab. 10: Personalbestand

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	24,0 (24,8)	54,2 (63,4)	20,8 (7,9)
Baugewerbe	11,4 (20,8)	58,2 (56,9)	27,8 (20,8)
Handel	16,5 (14,1)	59,4 (67,2)	22,6 (16,4)
Dienstleistungen	15,3 (31,3)	64,7 (53,7)	16,7 (13,6)
Gesamt	16,8 (23,2)	59,8 (60,3)	21,2 (14,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Alle Wirtschaftsbereiche zeigten sich weniger einstellungsfreudig als im Vorjahr. So haben im Baugewerbe nur 11,4 Prozent der Unternehmen das Personal aufgestockt und im Dienstleistungsgewerbe waren es 15,3 Prozent der Befragten. In beiden Fällen war dieser Anteil deutlich geringer als im Vorjahr. Im Handel dürfte die Beschäftigung zuletzt gesunken sein. 22,6 Prozent der Befragten verzeichneten hier einen Personalabbau, nachdem das im Vorjahr auf 16,4 Prozent der Betriebe zutraf. Jeder sechste Händler (16,5 Prozent) hat die Belegschaft aufgestockt. Im

Verarbeitenden Gewerbe war der Anteil der Unternehmen, die mehr Personal beschäftigen, höher als in anderen Sektoren. Etwa jeder vierte Befragte (24,0 Prozent) verzeichnete einen Beschäftigungsaufwuchs. Allerdings meldeten hier auch viele Unternehmen (20,8 Prozent) einen Rückgang der Mitarbeiterzahl.



Personalplanungen in Zeiten der Rezession

Die Personalplanungen für das nächste halbe Jahr sind angesichts der trüben Konjunkturaussichten sehr verhalten. Nur 12,2 Prozent der mittelständischen Unternehmen planen eine Aufstockung des Personals. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 18,8 Prozent. Gleichzeitig erwarten 27,3 Prozent der Befragten einen Personalabbau. Im Vorjahr war das nur bei 15,0 Prozent der Befragten der Fall. Der Saldo der Personalplanungen rutschte daraufhin in den negativen Bereich (minus 15,1 Prozentpunkte), was die derzeit sehr unsichere Wirtschaftslage im Mittelstand verdeutlicht.

Deutlich schrumpfen dürfte die Beschäftigung im Baugewerbe. 38,0 Prozent der befragten Unternehmen rechnen für das nächste Halbjahr mit einer verkleinerten Belegschaft. Binnen eines Jahres hat sich dieser Anteil fast verdreifacht. Nur 7,6 Prozent der Bauunternehmen wollen das Personal zukünftig aufstocken (Vorjahr: 12,5 Prozent).

Im Verarbeitenden Gewerbe rechnen viele Unternehmen (33,3 Prozent) mit einer Verkleinerung des Personalbestandes. Damit zeigt sich dieser Wirtschaftssektor deutlich pessimistischer als im Vorjahr, als 17,8 Prozent der Befragten einen Personalabbau angekündigt hatten. Spürbar zurückhaltender als im Vorjahr ist auch das Dienstleistungsgewerbe, das im Vorjahr noch Stellen aufbauen wollte. Diesmal rechnet etwa jeder vierte Befragte (25,3 Prozent) mit einem Personalabbau – im Vorjahr war es nur jeder zehnte (10,2 Prozent). Gleichzeitig planen 16,0 Prozent der befragten Dienstleister eine Aufstockung der Belegschaft, während es im Handel nur 7,5 Prozent sind.

Tab. 11: Personalentwicklung im nächsten Halbjahr

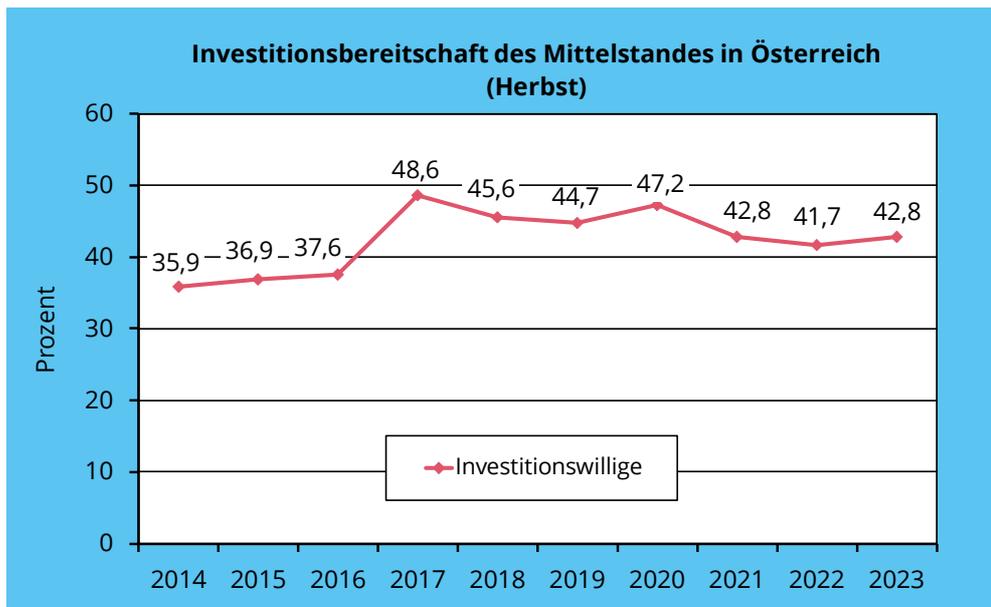
■	aufstocken	unverändert lassen	verkleinern
Verarb. Gewerbe	16,7 (20,8)	50,0 (60,4)	33,3 (17,8)
Baugewerbe	7,6 (12,5)	53,2 (68,1)	38,0 (13,9)
Handel	7,5 (14,8)	72,2 (64,1)	18,8 (18,8)
Dienstleistungen	16,0 (23,8)	56,0 (62,6)	25,3 (10,2)
Gesamt	12,2 (18,8)	59,0 (63,4)	27,3 (15,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

2.5 Investitionen

Investitionen sind auch (und vor allem) in Krisenzeiten wichtig für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen. So stehen Herausforderungen wie die Energiewende oder die Bewältigung des demografischen Wandels auf der Tagesordnung und erfordern im Mittelstand Investitionen. Gleichzeitig sind die aktuellen Investitionsbedingungen vor allem eines: investitionsunfreundlich. Der Anteil der investierenden Unternehmen bewegt sich aktuell daher seitwärts. 42,8 Prozent der befragten Unternehmen wollen ein Investitionsvorhaben durchführen. Dieser Wert liegt knapp über dem Vorjahresstand (41,7 Prozent).

*Investitionstätigkeit
ausgebremst*



Investitionsfreudiger als im Vorjahr zeigen sich die Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Gut jeder zweite Befragte (52,1 Prozent) plant hier ein Investitionsvorhaben. Dieser Anteil lag im Vorjahr bei 46,5 Prozent. Im Handel besteht offenbar ebenfalls die Notwendigkeit für Investitionen, nachdem der Anteil der investitionsbereiten Händler im Vorjahr auf 29,7 Prozent eingebrochen war. So wollen diesmal 36,8 Prozent der Befragten Geld für Investitionen ausgeben. Leicht zurückgegangen ist die Investitionsbereitschaft im Baugewerbe. Der Anteil der investierenden Unternehmen verringerte sich auf 36,7 Prozent (Vorjahr: 43,1 Prozent).

Tab. 12: Investitionsbereitschaft

	investitionsbereite Unternehmen
Verarb. Gewerbe	52,1 (46,5)
Baugewerbe	36,7 (43,1)
Handel	36,8 (29,7)
Dienstleistungen	45,3 (48,3)
Gesamt	42,8 (41,7)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Meist Ersatzinvestitionen geplant

Ersatzinvestitionen stehen bei 62,0 Prozent der Befragten auf der Tagesordnung. Im Baugewerbe ist dieser Anteil überdurchschnittlich hoch (85,7 Prozent). Knapp die Hälfte der befragten Mittelständler

(46,9 Prozent) plant Erweiterungsinvestitionen. Dabei sticht der Handel hervor, wo 57,1 Prozent der Befragten Erweiterungsinvestitionen angekündigt haben – im Baugewerbe ist das hingegen kaum der Fall (17,9 Prozent). Rationalisierungsinvestitionen wollen insgesamt 40,1 Prozent der Befragten tätigen. Im Vorjahr war der diesbezügliche Bedarf noch etwas größer (42,5 Prozent).

Tab. 13: Investitionsarten

■	Erweiterung	Rationalisierung	Ersatz
Verarb. Gewerbe	50,0 (45,7)	54,0 (69,6)	58,0 (76,1)
Baugewerbe	17,9 (32,3)	28,6 (35,5)	85,7 (74,2)
Handel	57,1 (50,0)	38,8 (36,8)	44,9 (68,4)
Dienstleistungen	49,2 (50,7)	35,4 (31,0)	67,7 (60,6)
Gesamt	46,9 (46,2)	40,1 (42,5)	62,0 (68,3)

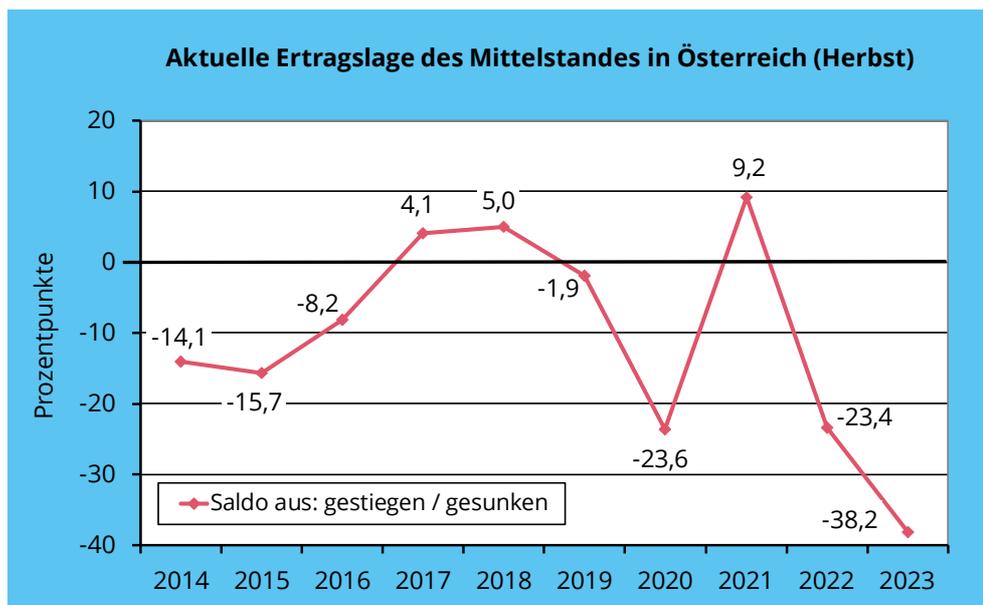
Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennungen möglich
() = Vorjahresangaben

■ 3 Die Finanzierung des Mittelstandes

3.1 Erträge

Die Ertragslage im Mittelstand ist besorgniserregend. Die hohe Kostenbelastung bei gleichzeitiger Nachfrageschwäche setzte den kleinen und mittleren Unternehmen in den letzten Monaten zu. So meldeten nur 11,1 Prozent der Befragten einen Anstieg der Erträge. Im Vorjahr war das noch bei 17,2 Prozent der Unternehmen der Fall. Gleichzeitig berichtete jeder zweite Befragte (49,3 Prozent) von Ertragseinbußen. Damit überwiegt dieser Anteil wie schon im Vorjahr deutlich. Der Einbruch bei den Erträgen übertrifft die negative Entwicklung während der Pandemie. Die zwischenzeitliche Erholung dürfte nicht ausgereicht haben, um den Mittelstand gegen die bevorstehende Rezession zu wappnen. Der Saldo aus gestiegenen und gesunkenen Erträgen liegt mit minus 38,2 Prozentpunkten tief im negativen Bereich (Vorjahr: minus 23,4 Prozentpunkte).

Ertragslage im Mittelstand kritisch

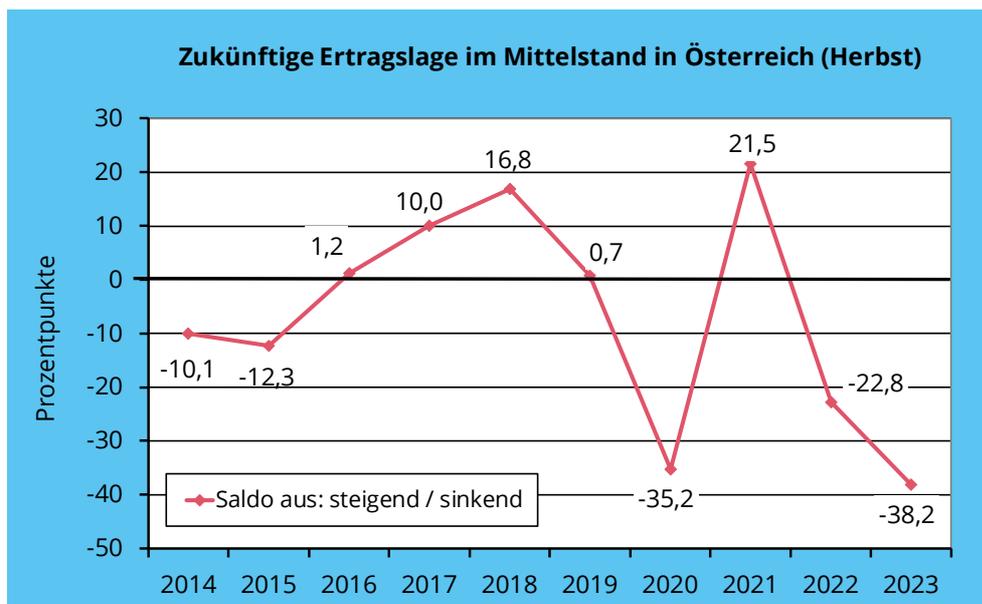


Tab. 14: Ertragslage

■	gestiegen	gleich- geblieben	gesunken
Verarb. Gewerbe	12,5 (13,9)	41,7 (38,6)	43,8 (41,6)
Baugewerbe	5,1 (13,9)	35,4 (45,8)	54,4 (36,1)
Handel	9,8 (13,3)	27,8 (29,7)	57,9 (53,1)
Dienstleistungen	14,7 (24,5)	37,3 (35,4)	42,7 (31,3)
Gesamt	11,1 (17,2)	35,2 (36,2)	49,3 (40,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Eine sehr schlechte Ertragslage meldete erneut der Handel. 57,9 Prozent der Befragten berichteten hier von gesunkenen Erträgen (Vorjahr: 53,1 Prozent). Auch im Baugewerbe hat sich die Ertragsituation verschärft. Jeder Zweite (54,4 Prozent) verzeichnete hier in den vergangenen Monaten Einbußen. Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr (36,1 Prozent) deutlich erhöht. Auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen hat der Anteil der Betriebe zugenommen, die rückläufige Erträge meldeten – so im Dienstleistungsgewerbe von 31,3 auf 42,7 Prozent. Gleichzeitig verzeichneten nur wenige Unternehmen eine verbesserte Ertragslage. Bei den Dienstleistern konnten immerhin 14,7 Prozent der Befragten einen Anstieg verbuchen, im Verarbeitenden Gewerbe waren es nur 12,5 Prozent. Gleichwohl wurden die Vorjahreswerte, die allerdings damals schon nicht sehr hoch ausfielen, nicht mehr erreicht.



Die weitere Ertragsentwicklung beurteilte der Mittelstand überwiegend pessimistisch. 53,3 Prozent der Befragten erwarten, dass sich die Ertragslage in den nächsten Monaten verschlechtern wird und nur 15,1 Prozent der Befragten rechnen mit Gewinnsteigerungen. Bereits im Vorjahr zeigten sich die befragten Unternehmen sehr zurückhaltend. Dieser Pessimismus hat weiter zugenommen. Der Saldo der Ertragserwartungen rutschte auf minus 38,2 Prozentpunkte ab. Dieser Wert liegt nochmals niedriger als im Vorjahr (minus 22,8 Punkte) und auch niedriger als während des Corona-Jahres 2020 (minus 35,2 Prozentpunkte).

Ertragslage dürfte sich weiter verschlechtern

Tab. 15: Voraussichtliche Erträge

■	steigend	gleichbleibend	sinkend
Verarb. Gewerbe	19,8 (16,8)	33,3 (30,7)	46,9 (47,5)
Baugewerbe	10,1 (9,7)	34,2 (45,8)	51,9 (36,1)
Handel	10,5 (13,3)	23,3 (32,8)	62,4 (51,6)
Dienstleistungen	18,7 (28,6)	28,7 (36,7)	50,0 (30,6)
Gesamt	15,1 (18,5)	29,0 (35,7)	53,3 (41,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

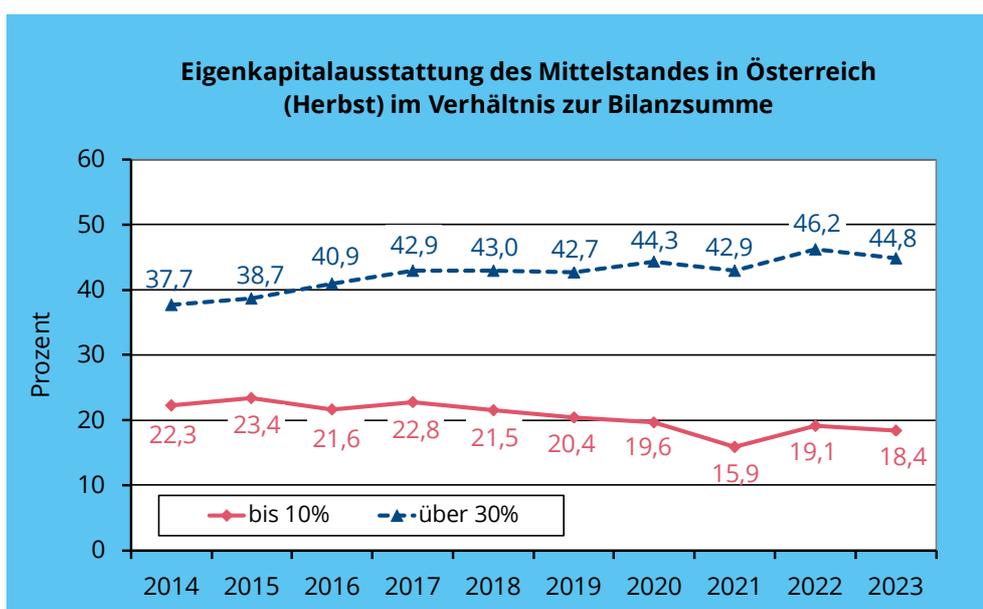
Sehr pessimistisch beurteilten die Händler die weitere Ertragsentwicklung. 62,4 Prozent der Unternehmen rechnen mit sinkenden Erträgen. Schon im Vor-

jahr (51,6 Prozent der Befragten) hatten sich die Unternehmen hier mehrheitlich pessimistisch geäußert. Dieser Anteil hat nun weiter zugenommen. Mit steigenden Erträgen rechnen 10,5 Prozent des Handels. Das Verarbeitende Gewerbe befürchtet ebenfalls eine schlechte Ertragslage in den kommenden Monaten. So erwarten hier 46,9 Prozent der Befragten Einbußen. Das entspricht weitgehend dem Vorjahreswert (47,5 Prozent). Eine Belebung der Ertragslage erwartet jeder fünfte Befragte aus diesem Sektor (19,8 Prozent). Im Baugewerbe liegt der Anteil der Unternehmen, die ein Ertragsplus erwarten, mit nur 10,1 Prozent deutlich niedriger. Die Ertragsentwicklung dürfte also auch im Bausektor rückläufig ausfallen.

3.2 Eigenkapitalsituation

Die Eigenkapitalquoten im Mittelstand erreichten nicht mehr die Vorjahreswerte. Der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen, deren Eigenkapitalquote unter 10 Prozent liegt, bleibt mit 18,4 Prozent zwar etwas geringer als im Vorjahr (19,1 Prozent), allerdings weisen auch weniger Unternehmen eine solide Eigenkapitalquote auf. Diesmal meldeten 44,8 Prozent der Befragten eine Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent. Im Vorjahr waren es noch 46,2 Prozent der Befragten.

Weniger eigenkapitalstarke Firmen



Am höchsten ist der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen mit 57,9 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe, gefolgt vom Handel (47,6 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr weisen beide Wirtschaftsbereiche eine Verbesserung auf – der Anteil der Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalquote von über 30 Prozent ist jeweils gestiegen. Anders dagegen im Baugewerbe: Heuer meldeten nur 31,1 Prozent der Befragten eine solch hohe Eigenkapitalquote. Im Vorjahr waren es noch 42,0 Prozent der Befragten. Auch im Dienstleistungsgewerbe wiesen deutlich weniger Unternehmen als im Vorjahr eine hohe Eigenkapitalquote von über 30 Prozent auf (40,7 Prozent; Vorjahr: 46,2 Prozent).

Als eigenkapitalschwach gilt nach wie vor das Baugewerbe. Jeder vierte Befragte (25,7 Prozent) meldete eine Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent. Im Dienstleistungsgewerbe sind 21,4 Prozent der Befragten betroffen (Vorjahr: 16,8 Prozent). In den übrigen Wirtschaftsbereichen waren weniger Unternehmen von Eigenkapitalschwäche betroffen. So verringerte sich dieser Anteil im Verarbeitenden Gewerbe auf noch 11,6 Prozent und im Handel leicht auf 15,9 Prozent. Dabei dürften die Unternehmen in der letzten Zeit von Fremdfinanzierungen Abstand genommen haben, da die Zinskosten sonst explodiert wären. So wurden die Eigenkapitalquoten tendenziell angehoben.

Tab. 16: Höhe des Eigenkapitals

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	11,6 (19,8)	12,6 (13,5)	17,9 (16,7)	57,9 (50,0)
Baugewerbe	25,7 (27,5)	23,0 (17,4)	20,3 (13,0)	31,1 (42,0)
Handel	15,9 (16,5)	15,1 (12,6)	21,4 (25,2)	47,6 (45,7)
Dienstleist.	21,4 (16,8)	19,3 (21,0)	18,6 (16,1)	40,7 (46,2)
Gesamt	18,4 (19,1)	17,3 (16,3)	19,5 (18,4)	44,8 (46,2)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

3.3 Insolvenzen im Mittelstand

Von Jänner bis September 2023 waren insgesamt 4.016 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen. Die

Insolvenzzahlen steigen

Fallzahlen erhöhten sich damit um 10,6 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2022 (1.-3. Quartal 2022: 3.632 Fälle). In dieser Entwicklung spiegelt sich die angeschlagene Finanzlage vieler Unternehmen, aber auch noch die Nachwirkungen der Corona-Krise.

Tab. 17: Insolvenzen nach Branchen 1. bis 3. Quartal 2023

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Sachgütererzeugung	143 (133)	+ 7,5
Bauwesen	634 (598)	+ 6,0
Handel	746 (653)	+ 14,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	512 (419)	+ 22,2
Verkehr und Nachrichtenübermitt- lung	420 (423)	- 0,7
Kredit- und Versicherungswesen	85 (86)	- 1,2
unternehmensbezogene Dienstleistungen	643 (627)	+ 2,6
Sonstige	833 (693)	+ 20,2
Gesamt	4.016 (3.632)	+ 10,6

() = 1.-3. Quartal 2022

Am stärksten erhöht haben sich die Insolvenzen mit einem Plus von 22,2 Prozent im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, gefolgt von den „sonstigen“ Branchen, die ein Plus von 20,2 Prozent verzeichneten. Ebenfalls zweistellig fiel der Anstieg der Insolvenzen im Handel aus (plus 14,2 Prozent). Kredit- und Versicherungswesen sowie Verkehr- und Nachrichtenübermittlung registrierten dagegen jeweils einen leichten Rückgang.

Mit der Ausnahme von Tirol waren in allen Bundesländern im bisherigen Jahresverlauf steigende Insolvenzen zu verzeichnen. Ein überdurchschnittlich starker Anstieg war in Kärnten (plus 34,3 Prozent) sowie in der Steiermark (plus 24,2 Prozent) zu beobachten. In Oberösterreich war der Anstieg mit plus 2,2 Prozent nur gering.

**Tab. 18: Unternehmensinsolvenzen nach Bundesländern
1. bis 3. Quartal 2023**

■	Insolvenzen (absolut)	Veränderung (in Prozent)
Wien	1.416 (1.288)	+ 9,9
Niederösterreich	795 (732)	+ 8,6
Burgenland	134 (113)	+ 18,6
Steiermark	478 (385)	+ 24,2
Kärnten	231 (172)	+ 34,3
Oberösterreich	410 (401)	+ 2,2
Salzburg	219 (207)	+ 5,8
Tirol	248 (254)	- 2,4
Vorarlberg	85 (80)	+ 6,3

() = 1.-3. Quartal 2022

Tab. 19: Insolvenzbetreffenheit als Gläubiger

■	von keiner	von einer	von zwei	von drei	von mehr als drei
Mittelstand	58,7 (68,4)	19,1 (18,1)	10,4 (7,0)	4,9 (2,8)	6,9 (3,7)

Angaben in % der Befragten, () Vorjahresangaben

Mittelständische Unternehmen waren in den letzten zwölf Monaten häufiger als im Vorjahreszeitraum als Gläubiger von Insolvenzen betroffen. Und im zunehmenden Maße waren es mindestens zwei Insolvenzen von Geschäftspartnern, die zu verkraften waren. So erlebten 10,4 Prozent der Befragten die Insolvenz von zwei Geschäftspartnern (Vorjahr: 7,0 Prozent), weitere 4,9 Prozent der Befragten mussten drei Insolvenzfälle verkraften (Vorjahr: 2,8 Prozent) und 6,9 Prozent der Befragten mehr als drei (Vorjahr: 3,7 Prozent). Die Folgen für die Gläubiger: Forderungsausfälle, Lieferverzögerungen und Ungewissheit.

3.4 Zahlungsweise der Kunden

Die Zahlungsverzögerungen haben in den vergangenen Monaten zugenommen. Die mittelständischen Unternehmen berichteten, dass Kunden die Rechnungen zunehmend später bezahlen. Zwar meldete die überwiegende Mehrzahl der Befragten (76,1 Prozent) weiterhin einen Zahlungseingang innerhalb von

Zahlungsmoral auf der Kippe?

30 Tagen, allerdings mussten 15,2 Prozent der Befragten (Vorjahr: 14,6 Prozent) bis zu 60 Tage auf das Geld für eine erbrachte Leistung warten. 6,1 Prozent der Befragten mussten sich sogar bis zu 3 Monate gedulden (Vorjahr: 5,6 Prozent). Noch längere Forderungslaufzeiten meldeten nur wenige Mittelständler (2,6 Prozent; Vorjahr: 1,8 Prozent).

Tab. 20: Zahlungseingang aller Kunden

■	bis 30 Tage	bis 60 Tage	bis 90 Tage	über 90 Tage
Verarb. Gew.	70,3 (77,9)	20,1 (15,6)	6,3 (5,4)	3,1 (1,2)
Baugewerbe	75,9 (74,8)	13,5 (13,7)	7,1 (9,2)	3,5 (2,3)
Handel	76,0 (77,4)	16,0 (16,1)	6,2 (4,6)	1,8 (1,8)
Dienstleist.	79,7 (80,1)	12,5 (13,1)	5,4 (4,8)	2,3 (2,0)
Gesamt	76,1 (77,9)	15,2 (14,6)	6,1 (5,6)	2,6 (1,8)

Angaben in % der Befragten, () Vorjahresangaben

Eine verschlechterte Zahlungsmoral der Kunden meldeten zuletzt vor allem Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Nur 70,3 Prozent der Befragten (Vorjahr: 77,9 Prozent) konnten hier einen Zahlungseingang innerhalb von 30 Tagen verbuchen. Oftmals dauerte es länger, bis das Geld für eine erbrachte Leistung eintraf – so beispielsweise bei jedem fünften Befragten bis zu 60 Tage (20,1 Prozent). Stabiler war die Zahlungsweise der Kunden des Baugewerbes. Der Anteil der Unternehmen, die höchstens 30 Tage auf den Rechnungseingang warten mussten, war mit 75,9 Prozent sogar etwas höher als im Vorjahr (74,8 Prozent).

Nicht nur Zahlungsverzögerungen sind wieder ein Thema im Mittelstand. Auch Forderungsausfälle treten wieder vermehrt auf. So hatten 7,2 Prozent der Befragten größere Forderungsverluste von mehr als 1,0 Prozent des Gesamtumsatzes zu beklagen (Vorjahr: 5,8 Prozent). 13,1 Prozent der Befragten waren von Ausfällen in Höhe von 0,5 bis 1,0 Prozent des Umsatzes betroffen. Auch das war ein höherer Anteil als im Vorjahr (10,9 Prozent). Ohne Forderungsausfälle blieben lediglich 22,9 Prozent der Befragten. Stärker

Hohe Zahlungsausfälle nehmen zu

als im Vorjahr hatten Unternehmen aus dem Bauwesen unter Zahlungsausfällen zu leiden. Nur 13,9 Prozent der Befragten (Vorjahr: 20,8 Prozent) blieben hier verschont. Größere Zahlungsausfälle gab es bei den Dienstleistern, wo fast jeder zehnte Befragte (9,3 Prozent) Ausfälle von über 1,0 Prozent des Gesamtumsatzes verzeichnete.

Tab. 21: Höhe der durchschnittlichen Forderungsverluste im Verhältnis zum Umsatz

■	keine Forderungsverluste	bis 0,1%	bis 0,5%	bis 1,0%	über 1,0%
Verarb. Gew.	27,1 (21,8)	31,3 (41,6)	18,8 (17,8)	7,3 (5,9)	8,3 (7,9)
Baugewerbe	13,9 (20,8)	32,9 (34,7)	17,7 (19,4)	20,3 (15,3)	6,3 (5,6)
Handel	21,8 (21,9)	36,1 (38,3)	14,3 (15,6)	10,5 (14,8)	4,5 (3,9)
Dienstleist.	26,0 (25,9)	28,0 (36,1)	13,3 (12,2)	15,3 (8,8)	9,3 (6,1)
Gesamt	22,9 (23,0)	31,9 (37,7)	15,5 (15,6)	13,1 (10,9)	7,2 (5,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

■ 4 Wirtschaftspolitischer Fokus: Kreditentwicklungen und Finanzierungsbedingungen

Die Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand haben sich deutlich verändert. Im 2. Halbjahr 2022 hatte die Europäische Zentralbank (EZB) mit der Zinswende begonnen, um auf die steigende Inflation zu reagieren. Mittlerweile liegt der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bei 4,50 Prozent (Stand: 20. September 2023). Ein Jahr zuvor waren es erst 1,25 Prozent gewesen. Entsprechend erhöhten sich die Kreditkosten für die Unternehmen. Vor allem für weitgehend fremdfinanzierte Unternehmen haben sich die Belastungen spürbar erhöht.

*Unternehmensfinanzierung
teurer geworden*

Die Umfrage der Creditreform Wirtschaftsforschung spiegelt diese Entwicklung wider. Gut 60 Prozent der Befragten (vgl. Tab. 22) meldeten Verschärfungen der Finanzierungsbedingungen. Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Vorjahr (55,8 Prozent) nochmals erhöht. Etwa jeder vierte Befragte (24,9 Prozent) be-

zeichnete die Finanzierungsbedingungen als unverändert. Überdurchschnittlich betroffen von verschärften Kreditkonditionen waren das Verarbeitende Gewerbe (65,6 Prozent der Befragten) und das Dienstleistungsgewerbe (62,0 Prozent).

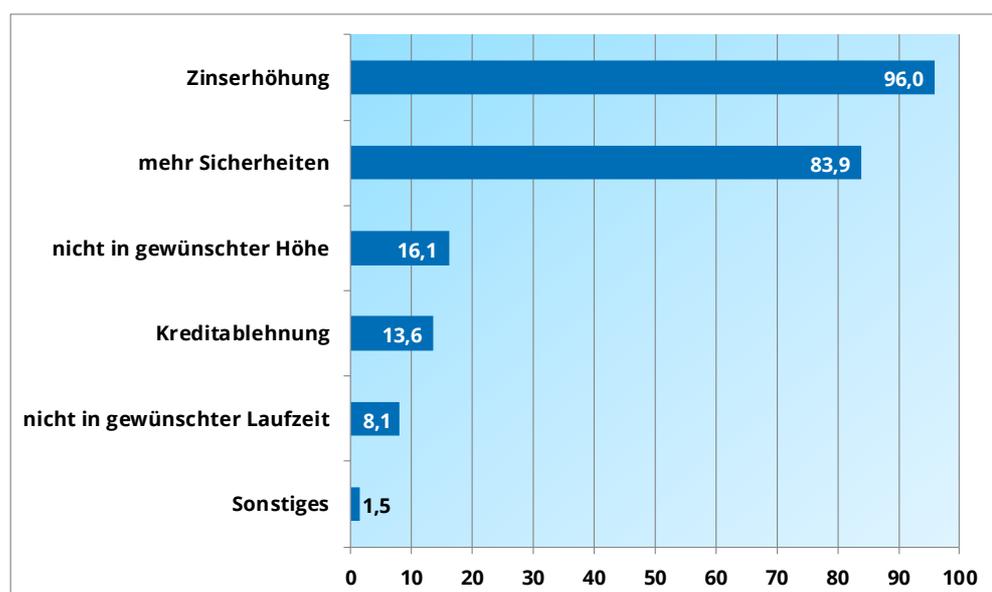
Tab. 22: Veränderung der Finanzierungsbedingungen

■	gelockert	unverändert	verschärft
Verarb. Gewerbe	0,0 (1,0)	19,8 (21,8)	65,6 (57,4)
Baugewerbe	1,3 (0,0)	26,6 (31,9)	59,5 (48,6)
Handel	0,8 (0,8)	27,1 (32,0)	57,1 (51,6)
Dienstleistungen	1,3 (1,4)	25,3 (21,8)	62,0 (61,9)
Gesamt	0,9 (0,9)	24,9 (26,3)	60,9 (55,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Zinswende schlägt sich vor allem bei den Kreditzinsen nieder. 96,0 Prozent der Unternehmen, die Verschärfungen meldeten, berichteten von gestiegenen Zinsen. Als Belastung empfinden die Unternehmen auch die erhöhten Anforderungen der Banken an die Sicherheiten (83,9 Prozent der Befragten). Eine Ablehnung des Kreditantrags haben 13,6 Prozent der Befragten hinnehmen müssen – im Vorjahr waren es 10,5 Prozent der Befragten.

Veränderungen der Kreditkonditionen

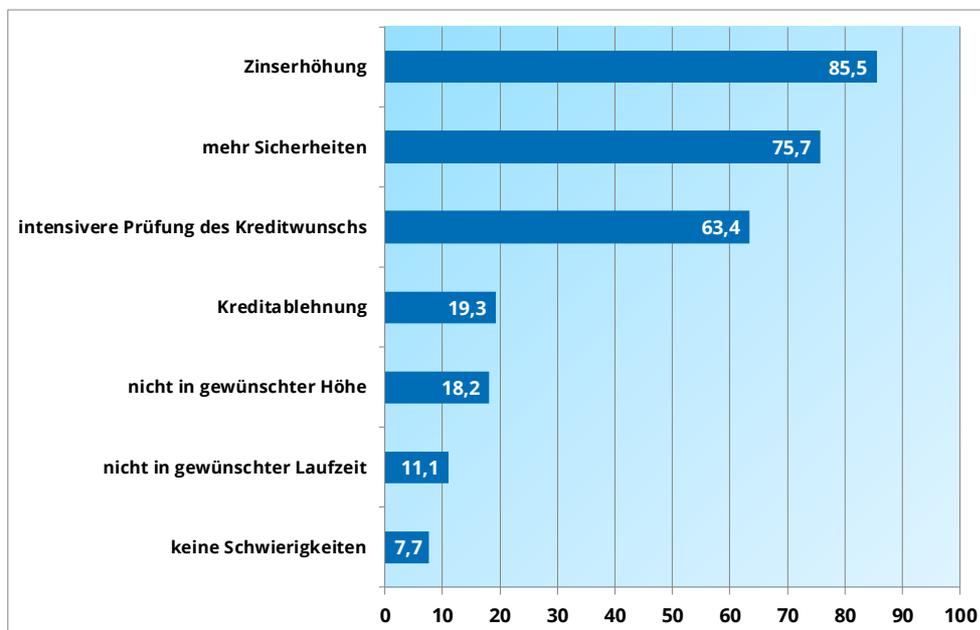


Angaben in % der Befragten, die verschärfte Finanzierungsbedingungen sehen; Mehrfachnennungen möglich

Entspannung vorerst nicht in Sicht

Die mittelständischen Unternehmen rechnen nicht mit einer baldigen Entspannung der Finanzierungsbedingungen. Im Gegenteil: Die befragten Unternehmen erwarten mehrheitlich weiter steigende Kreditzinsen (85,5 Prozent der Befragten) sowie auch verschärfte Bedingungen bei den Sicherheiten (75,7 Prozent). Fast jeder Fünfte (19,3 Prozent) befürchtet, gar keinen Kredit mehr zu bekommen (Vorjahr: 15,5 Prozent). Überdurchschnittlich hoch sind die Sorgen vor einer Kreditklemme im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor.

Erwartete Veränderungen bei der künftigen Kreditaufnahme



Angaben in % der Befragten; Mehrfachnennungen möglich

Welche Finanzierungsquellen werden die mittelständischen Unternehmen in den nächsten Monaten nutzen? Gibt es angesichts des hohen Zinsniveaus Veränderungen gegenüber den Vorjahren?

Tab. 23: Finanzierungsquellen in den nächsten Monaten im Mittelstand

Bankkredit	40,9 (42,6)
Leasing	36,5 (37,6)
Eigenmittel	35,8 (36,9)
Gesellschafterdarlehen	10,0 (9,8)
Lieferantenkredit	19,4 (16,2)
andere/sonstige	11,0 (11,0)

Angaben in % der Befragten, Mehrfachnennungen möglich
() = Vorjahresangaben

Bankkredite bleiben trotz der aktuellen Verschärfungen im Mittelstand ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensfinanzierung. 40,9 Prozent der Befragten wollen im Verlauf der nächsten Monate einen Kredit beantragen. Dieser Prozentanteil liegt leicht unter dem Vorjahresniveau (42,6 Prozent). Ebenfalls eine hohe Bedeutung haben das Leasing (36,5 Prozent) sowie Eigenmittel des Unternehmens (35,8 Prozent der Befragten). In beiden Fällen ist mit einer leicht verringerten Nutzung zu rechnen. Gesellschafterdarlehen planen 10,0 Prozent der Unternehmen und fast jeder Fünfte (19,4 Prozent) wird Lieferantenkredite in Anspruch nehmen. Im Vergleich zum Vorjahr (16,2 Prozent) scheinen diese an Wichtigkeit zu gewinnen – mit allen möglichen Risiken für einen Ausfall.

■ 5 Zusammenfassung

Der österreichischen Wirtschaft droht eine Rezession. Nach einem passablen Jahresauftakt 2023 rutschte das Wachstum im 2. Quartal deutlich ins Minus. Und auch die weiteren Konjunkturprognosen sind einhellig pessimistisch. Derzeit spricht nichts für eine baldige wirtschaftliche Belebung.

Auch die mittelständischen Unternehmen spüren zunehmend den Konjunkturabschwung. Das Creditreform Klimabarometer für den Mittelstand drehte im Herbst 2023 erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 wieder in den Minusbereich. Mit minus 4,9 Punkten zeigt das Klimabarometer heuer eine deutlich schlechtere

Wirtschaftslage als im Vorjahr (plus 7,4 Punkte). Bedenklich ist, dass das Konjunkturbarometer in allen vier Hauptsektoren im negativen Bereich liegt.

Nicht allein die aktuelle Lage wird von den Unternehmen schlechter eingeschätzt, vor allem die Geschäftserwartungen sind derzeit so pessimistisch wie lange nicht. Der Index der Geschäftserwartungen im Mittelstand notiert mit minus 9,4 Punkten tief im negativen Bereich. Damit überwiegt anders als im Vorjahr (Erwartungsindex: plus 1,2 Punkte) der Anteil der Unternehmen mit pessimistischen Geschäftserwartungen. Vor allem das Baugewerbe und der Handel äußerten sich sehr pessimistisch zur weiteren Geschäftsentwicklung.

So lassen die Erwartungen im Mittelstand eine weitere Verschlechterung der Konjunkturlage in den kommenden Monaten erwarten. Die Auftrags- und Umsatzerwartungen für das nächste halbe Jahr zeigen überwiegend ein pessimistisches Stimmungsbild. Lediglich 7,9 Prozent der Befragten rechnen mit steigenden Auftragseingängen (Vorjahr: 11,4 Prozent) und beinahe jeder zweite Befragte (46,7 Prozent) befürchtet Auftragseinbußen. Der Anteil der Pessimisten bleibt somit auf einem hohen Niveau (Vorjahr: 40,4 Prozent). Auch bei den Umsatzerwartungen überwiegen die negativen Zukunftsaussichten. Gerade einmal 14,8 Prozent der Befragten erwarten steigende Umsätze (Vorjahr: 19,2 Prozent). Der Anteil der Befragten, die eine rückläufige Umsatzentwicklung prognostizieren, ist im Vergleich zum Vorjahr um rund zehn Punkte auf 44,5 Prozent hochgeschneit. Im Baugewerbe rechnen sogar zwei Drittel der Befragten (65,8 Prozent) mit Umsatzeinbußen. Damit lassen die Umfragedaten für den Mittelstand eine gesamtwirtschaftliche Rezession im kommenden Winterhalbjahr als ein realistisches Szenario erscheinen.

Die Personalplanungen im Mittelstand stehen unter dem Eindruck der Rezessionsgefahr. Nur 12,2 Prozent der Befragten planen für die nächsten Monate eine Personalaufstockung. Dieser Wert lag im Vorjahr

noch bei 18,8 Prozent. Dagegen planen 27,3 Prozent der Mittelständler Einschnitte bei der Belegschaft (Vorjahr: 15,0 Prozent). Ein Beschäftigungsabbau droht vor allem dem Bausektor sowie auch dem Verarbeitenden Gewerbe. Bereits im Verlauf der zurückliegenden Monate hatte der Mittelstand per Saldo die Beschäftigtenzahl verringert.

Die Investitionstätigkeit im Mittelstand bleibt angesichts hoher Zinsen und schlechter Wirtschaftsaussichten schwach. 42,8 Prozent der Befragten wollen in den kommenden Monaten investieren. Dieser Anteil ist zwar etwas höher als im Vorjahr (41,7 Prozent), dürfte aber vor dem Hintergrund hoher Anforderungen wie beispielsweise an die Energieeffizienz oder den digitalen Wandel zu wenig sein. Überwiegend stehen bei den investierenden Unternehmen Ersatzinvestitionen auf der Tagesordnung (62,0 Prozent).

Die massiv gestiegenen Beschaffungspreise hatten im Vorjahr zu deutlichen Preiserhöhungen im Mittelstand geführt. Der Trend zu Preiserhöhungen hat sich zuletzt aber abgeschwächt. 35,8 Prozent der Befragten meldeten höhere Angebotspreise. Im Vorjahr war das noch bei zwei Drittel der Befragten der Fall (67,9 Prozent). 17,7 Prozent der Befragten verringerten die Preise bereits wieder. Dieser Trend dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Damit scheint der Inflationsdruck zu sinken.

Die Geschäfte der mittelständischen Unternehmen waren bereits im zurückliegenden Sommerhalbjahr 2023 deutlich eingebrochen. Umsatzentwicklung und auch die Auftragseingänge wurden mehrheitlich negativ eingeschätzt. Fast jeder zweite Befragte (49,3 Prozent) musste Auftragsrückgänge hinnehmen. Zu einem erheblichen Auftragsminus kam es im Baugewerbe und im Handel. Von gestiegenen Auftragseingängen berichteten indes nur 12,4 Prozent der Mittelständler – im Vorjahr waren es noch 19,4 Prozent.

Die Ertragslage der mittelständischen Unternehmen leidet weiterhin unter den Kostensteigerungen und

hinzu kommt nun die schwache Konjunktur. Folglich meldeten nur 11,1 Prozent der Befragten einen Anstieg der Erträge (Vorjahr: 17,2 Prozent). Jedes zweite Unternehmen (49,3 Prozent) berichtete von Ertrags-einbußen. Gegenüber dem Vorjahr (40,6 Prozent) hat sich dieser Anteil weiter erhöht. Auch in den nächsten Monaten dürfte sich die Ertragslage weiter verschlechtern. 53,3 Prozent der Befragten erwarten hier Rückgänge.

Neben der schwachen Innenfinanzierung treffen auch die verschärften Bankkonditionen den Mittelstand ins Mark. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen berichtete von einer Verschärfung der Finanzierungsbedingungen (60,9 Prozent). Als eine hohe Belastung erwiesen sich die hohen Zinsen (96,0 Prozent der Befragten) sowie die gestiegenen Anforderungen der Kreditinstitute an die Sicherheiten (83,9 Prozent). Für die kommenden Monate erwarten die mittelständischen Unternehmen weitere Verschärfungen. Dabei dürften die Zinsen nach Ansicht der Unternehmen nochmals steigen. Fast jeder Fünfte (19,3 Prozent) befürchtet, keinen Kredit mehr zu bekommen (Vorjahr: 15,5 Prozent).

Die Zahlungsweise der Kunden hat sich zuletzt verschlechtert, was den Mittelstand zusätzlich belastet. So hatten 7,2 Prozent der Befragten größere Forderungsverluste von mehr als 1,0 Prozent des Umsatzes zu beklagen (Vorjahr: 5,8 Prozent). Weitere 13,1 Prozent der Befragten waren von Ausfällen in Höhe von 0,5 bis 1,0 Prozent des Umsatzes betroffen. Auch das war ein höherer Anteil als im Vorjahr (10,9 Prozent). Ohne Forderungsausfälle blieben lediglich 22,9 Prozent der Befragten.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in den ersten drei Quartalen 2023 gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhten sich die Fallzahlen um 10,6 Prozent. Insgesamt waren im bisherigen Jahresverlauf 4.016 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen. Zu einem überdurchschnittlich starken Anstieg kam es im Gaststätten- und Beherbergungswesen (plus 22,2 Prozent).

Die Eigenkapitalsituation im Mittelstand zeigt aktuell ein zweigeteiltes Bild. So verringerte sich der Anteil der eigenkapitalstarken Unternehmen, deren Eigenkapitalquote bei über 30 Prozent liegt, auf 44,8 Prozent (Vorjahr: 46,2 Prozent). Aber auch der Anteil der eigenkapitalschwachen Mittelständler (Eigenkapitalquote unter 10 Prozent) verringerte sich. Zuletzt wiesen noch 18,4 Prozent der Befragten eine schwache Eigenkapitalquote auf (Vorjahr: 19,1 Prozent). Als eigenkapitalschwach gilt nach wie vor das Baugewerbe. Die Nachfrage nach Fremdfinanzierungen war in den letzten Monaten rückläufig. Das dürfte die Eigenkapitalquoten im Mittelstand tendenziell verbessert haben. Angesichts der schlechten Konjunkturaussichten und der angespannten Ertragslage dürfte sich die Eigenkapitalsituation in den kommenden Monaten aber verschärfen.

■ 6 Basis der Untersuchung

Unter kleinen und mittleren Betrieben sind Unternehmen in einer Größenklasse mit bis zu 500 Beschäftigten zu verstehen. Dabei liegen die durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen im industriellen Bereich höher als bei Dienstleistern und Handel. Entscheidender für die Definition eines Betriebes als mittelständisch ist jedoch die Personalunion von Geschäftsführer und Inhaber.

Im Sinne der vorgenannten Begriffsbestimmung wurden Unternehmen in Österreichs Mittelstand befragt. Die Stichprobenergebnisse wurden gemäß Wirtschaftsstruktur der OECD hochgerechnet. Die Rücksendefrist der Fragebögen endete im Oktober 2023. Die weiteren Strukturmerkmale der befragten Betriebe ergeben sich aus den folgenden Aufschlüsselungen.

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung/-verarbeitung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

Dienstleistungen

- Spedition, Lagerei
- Gebäudereinigung
- Abfall- und Abwasserbeseitigung
- Technische Beratung und Planung
- Datenverarbeitung
- Beherbergungsgewerbe
- Gaststättengewerbe
- Finanzdienstleister
- sonstige Unternehmen und freie Berufe

Tab. 24: Rechtsformen der befragten Unternehmen

■	Einzelkaufmann	6,8
	OG	1,3
	KG	3,1
	GmbH	76,2
	GmbH & Co. KG	9,9
	AG	1,1
	Sonstige	1,5

Angaben in % der Befragten

Tab. 25: Anzahl der Beschäftigten

■	1 – 5	7,4
	6 – 10	12,4
	11 – 20	26,9
	21 – 50	28,4
	51 – 100	12,4
	101 – 250	8,7
	251 – 500	2,6

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Tab. 26: Sitz des Unternehmens

■	Wien	14,8
	Niederösterreich	21,0
	Burgenland	2,0
	Oberösterreich	16,8
	Steiermark	11,6
	Kärnten	4,8
	Salzburg	11,4
	Tirol	11,6
	Vorarlberg	6,1

Angaben in % der Befragten

Durchgeführt von:

Creditreform Wirtschaftsauskunftei
Kubicki KG
Muthgasse 36-40 / Bauteil 4
A – 1190 Wien
E-Mail: g.weinhofer@wien.creditreform.at

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hammfelddamm 13, D – 41460 Neuss
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch
Telefon: 0049 / 2131 109-172
E-Mail: p.hantzsch@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2023, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Wien, 02. November 2023